

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 19.08.2020

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungspause: 18.00 - 18.15 Uhr
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Dr. Bruder
Herr Heuer
Herr Dr. p. h. Kremer
Frau Röder
Frau Schönfeld
Herr Winkelmann

Stellvertretende Mitglieder

Herr Kronsbein
Frau Maaß
Herr Schneck
Frau Schubert-Buick
Herr Seidenberg

Beratende Mitglieder

Herr Donath
Frau Köttnitz

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Holler-Göller

Verwaltung

Herr Steffen

Herr Hiltawsky

Frau Gäbel

Herr Haubrock

Frau Matzke

Herr Thias

Herr Voelzke

Frau Wende

Schriftführung

Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -
Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -
Büro für integrierte
Sozialplanung und
Prävention
Amt für Personal
Bauamt
Amt für
Organisation, IT und
Zentrale Leistungen
Büro für integrierte
Sozialplanung und
Prävention
Amt für Verkehr

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt alle Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungen.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 45. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 27.05.2020

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 45. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 27.05.2020 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Inklusionsscheck NRW

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf das mit der Einladung versandte Schreiben. Er berichtet, dass er mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW Kontakt aufgenommen habe.

Dieses teilte mit, dass kommunale Gremien nicht die Voraussetzungen für den Inklusionsscheck erfüllen.

Zu Punkt 3.2 Erhöhung der Pauschbeträge für Menschen mit Behinderung

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf das mit der Einladung versandte Schreiben. Er kritisiert, dass die dort vorgesehenen steuerlichen Änderungen für Menschen mit Behinderung nur diejenigen entlaste, die über ein entsprechend hohes Einkommen verfügen. Andere Personengruppen würden nicht berücksichtigt.

Zu Punkt 3.3 Vorstellung des Entwurfes des neuen Flyers des Behindertenbeirates

Herr Dr. Bruder erläutert den Sachstand.
Der mit der Einladung versandte Entwurf des Flyers wurde von dem Sozialdezernenten Herrn Nürnberger genehmigt. Das Presseamt wurde benachrichtigt und eine Version in leichter Sprache werde ebenfalls angefertigt.
Frau Röder, Herr Holler-Göller, Herr Winkelmann und Herr Dr. Kremer äußern sich zu Detailfragen bezüglich der Gestaltung des Flyers.
Der Flyer soll für die anstehende Neuwahl des Beirates als Werbemaßnahme verwendet werden.

Zu Punkt 3.4 Mitteilung der Stadtwerke Bielefeld zur Einführung SilberAbo und SilberAbo+

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die als Tischvorlage ausliegende Mitteilung der Stadtwerke Bielefeld (**Anlage 1**) mit Informationen zur Ablösung des Premium 60plusAbos.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 **Antwort auf die Anfrage 10984/2014-2020 von Frau Schönemann, Amt für Schule**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10984/2014-2020

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf das mit der Einladung versandte Schreiben, in dem die Frage nach der aktuellen Situation der Integrationshelfer beantwortet wird. Frau Röder erläutert dazu, dass die Schüler mit zusätzlichem Förderbedarf durch die coronabedingte Schulschließung besonders betroffen seien. Der Einsatz der Integrationshelfer wurde stark reduziert. Es müsse für weitere Krisen geschaut werden, wie künftig mit solchen Situationen umgegangen werden solle. Frau Schubert-Buick merkt dazu an, dass es weder Sinn noch Ziel dieser Hilfen sei, im häuslichen Umfeld Inklusion zu fördern. Im Übrigen sei auch die Finanzierung hierfür nicht geklärt.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

-.-.-

Zu Punkt 5.1 **Mitteilung des ISB zum Antrag 7924/2014-2020, Einrichtung der vorhandenen Behindertentoilette in Brackwede als öffentliche Toilette.**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die vorliegende Mitteilung des Immobilienservicebetriebes. Dieses beziehe sich auf den Antrag 7924/2014-2020 des Beirates für Behindertenfragen vom 23.01.2019. Die im Antrag benannte Immobilie am Kirchweg 11 werde in der Mitteilung vom ISB als ungeeignet für das Vorhaben einer öffentlichen Behindertentoilette beschrieben. Als alternativer Standort dafür werde das Bezirksamt Brackwede vorgeschlagen. Der neue Standort und die damit verbundenen Bedingungen werden vom Beirat allgemein als geeignet angesehen. Vorsitzender Herr Dr. Bruder und Herr Winkelmann äußern Ihre Zustimmung.

-.-.-

Zu Punkt 6 **Jahresbericht über behinderte Menschen in Bielefeld**

Herr Steffen berichtet mit Hilfe einer Präsentation (**Anlage 2**) über die Zahlen, Daten und Fakten der behinderten Menschen in Bielefeld. Er erläutert, dass die Zahlen nicht immer ganz korrekt dargestellt seien, da in manchen Jahren die Verstorbenen nicht heraus gerechnet wurden.

Herr Steffen erklärt, dass ab 2021 auch Menschen mit einem Grad der Behinderung (GdB) unter 50 einen Steuerfreibetrag bekommen. Bisher notwendige zusätzliche Nachweise seien dann nicht mehr erforderlich.

Herr Seidenberg äußert seine Verwunderung über das dargestellte Verhältnis der Merkzeichen GI für Gehörlosigkeit zu BI für Blindheit. Herr Steffen erläutert dazu, dass das Merkzeichen GI für Gehörlose erst später eingeführt wurde und das ursprünglich für diese Personengruppe erteilte Merkzeichen G ersetzte. Daher sei es möglich, dass es noch gehörlose Menschen in Bielefeld gebe, die einen Ausweis mit einem Merkzeichen G anstatt GI besitzen.

Herr Steffen berichtet, dass es bei Widerspruchsverfahren zu höheren Abhilfequoten als in der Vergangenheit gekommen sei. Bei Klageverfahren seien ca. 50% erfolgreich.

Frau Röder erkundigt sich nach den Voraussetzungen für einen orangenen Parkausweis. Herr Steffen weist daraufhin, dass dafür das Amt für Verkehr zuständig sei. Für die Erteilung eines solchen Ausweises seien die Merkzeichen G und B sowie weitere Voraussetzungen erforderlich.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder bedankt sich für den Vortrag.

Zu Punkt 7

Beschäftigung behinderter Menschen bei der Stadtverwaltung und Bericht über die BR-Stellen

Herr Haubrock stellt sich als Nachfolger von Herrn Schachtsiek vor und gibt einen Überblick über die Lage schwerbehinderter Menschen bei der Stadtverwaltung (**Anlage 3**).

Herr Haubrock führt beispielhaft die Einstellung einer blinden Frau in den gehobenen Verwaltungsdienst an und erläutert, dass das Einstellungsverfahren zusammen mit der Schwerbehindertenvertreterin durchgeführt werde. Er beantwortet Fragen von Herrn Heuer, Frau Röder, Herrn Holler-Göller und Herrn Winkelmann. Durch die coronabedingte besondere Situation gebe es leider Einschränkungen, bei Praktika und anderen Personalbereichen.

Im Nachgang hat Herr Haubrock zu den in der Sitzung noch offen gebliebenen Fragen weitere Informationen zur Verfügung gestellt (**Anlage 4**).

Zu Punkt 8 Projekt BiSi - Beschäftigung im Sozialraum inklusiv

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11166/2014-2020

Herr Voelzke berichtet mit einer Präsentation über das Projekt BiSi – Beschäftigung im Sozialraum inklusiv (**Anlage 5**). Es handele sich dabei um ein Projekt, bei dem niedrigschwellige Beschäftigung für Menschen mit wesentlichen seelischen Behinderungen oder Personen mit anderen schweren Teilhabebeeinträchtigungen angeboten werde. Das Projekt werde durch die Stadt Bielefeld unterstützt.

An der anschließenden Diskussion über das Projekt beteiligen sich Frau Maaß, Herr Dr. Kremer, Frau Röder, Herr- Holler-Göller, Frau Schubert-Buick und Herr Donath.

Frau Maaß fragt, wie es mit weiterer Beschäftigung der Betroffenen nach Abschluss des Projektes aussehe.

Herr Dr. Kremer erläutert, dass man belastbare Nachweise über die Wirksamkeit des Projektes erheben wolle, um damit eine Fortsetzung zu ermöglichen.

Herr Voelzke bestätigt, dass dafür auch die wissenschaftliche Begleitung des Projektes angedacht sei.

Frau Maaß erkundigt sich, ob es bereits Anbieter gebe, die bereit seien, solche Personen zu beschäftigen und ob die Anbieter unterstützt werden.

Herr Voelzke antwortet, dass es bisher noch keine konkreten Plätze gebe und dass eine finanzielle Anerkennung der Einsatzstellen geplant sei.

Herr Donath fragt, wie es mit der Bezahlung und der Sozialversicherungspflicht der Beschäftigten aussehe. Herr Voelzke antwortet, dass es bei dem Projekt nicht um Vergütung gehe, sondern um Motivation und soziale Teilhabe. Es werde pro Stunde 1 Euro gezahlt und die Fahrtkosten werden übernommen. Zusätzlich sei auch eine Motivationsprämie vorgesehen.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Finanz- und Personalausschuss zu beschließen:

- 1. Die Stadt Bielefeld unterstützt die Entwicklung, Umsetzung und Evaluation des Projektes BiSi – Beschäftigung im Sozialraum inklusiv.**
- 2. Zur Ermöglichung des Projektes BiSi wird dem Projektträger Stiftung Bethel 50.000,- € als Eigenmittel ersetzender Zuschuss bereitgestellt. Diese werden aus den nicht verbrauchten für 2020 im Haushalt des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention eingestellten Eigenmitteln im Rahmen der INSEK-Projekte finanziert. Dabei sollen die Teilhabeplätze für**

Menschen mit psychischen bzw. anderen Beeinträchtigungen im besonderen Maße in den INSEK-Gebieten vermittelt oder geschaffen werden.

- 3. Über die Weiterentwicklung des Projektes wird regelmäßig in den Fachausschüssen und den Bezirksvertretungen berichtet.**

- einstimmig beschlossen -

Sitzungspause 18:00 Uhr bis 18:15 Uhr

Zu Punkt 9

Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2020 bis 2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11265/2014-2020

Frau Gäbel stellt mit einer Präsentation (**Anlage 6**) die verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze vor. Aktuell gebe es in den Pflegeheimen viele Veränderungen, die sich auf die Angebotszahlen auswirkten.

Frau Röder, Herr Winkelmann, Frau Schubert-Buick und Frau Maaß stellen Fragen zu bestimmten Zielgruppen, deren Bedarfe sie in den bisherigen Angeboten nicht ausreichend berücksichtigt sehen.

Es fehlten Angebote für Kinder und Jugendliche in der Tagespflege. Gehörlose und hörgeschädigte Menschen bräuchten ebenso wie Menschen mit Persönlichkeitsstörungen speziell geschultes Personal sowie mitunter technische Unterstützung.

Frau Gäbel erklärt, dass die Entwicklung weitergehe und versucht werde, die Angebote barrierefrei und zielgruppenspezifisch zu gestalten. Auch wolle man weitere Angebote entwickeln.

Herr-Holler-Göller begrüßt das quartiersnahe Konzept.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2020-2022 ein rechnerisches Defizit an stationären Pflegeplätzen besteht.**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Prozess anzustoßen und zu begleiten, um Gebäude mit flexibler Nutzungsstruktur zu planen und zu realisieren und somit innovative Wohn- und Versorgungsformen zu ermöglichen. Dies soll in einer (umgewidmeten) Arbeitsgruppe unter Federführung des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention mit Vertreter*innen der WTG-Behörde, des Baudezernates, der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege und der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände in Bielefeld (AGW Bielefeld) geschehen.

2. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2020-2022 ein Bedarf an zusätzlichen Kurzzeitpflegeplätzen besteht.

Die Verwaltung wird beauftragt, die bisherigen Aktivitäten der o.g. Arbeitsgruppe fortzusetzen und mit dem unter 1. beschriebenen Prozess zu verknüpfen.

3. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2020-2022 im Bereich der Tagespflege trotz zunehmend verbesserter Versorgungslage ein weiterer Ausbau des Angebots notwendig ist.

Die Verwaltung wird beauftragt, Träger von Tagespflegeangeboten bei der Umsetzung wohnortnaher Einrichtungen zu unterstützen. Eine gleichmäßige sozialräumliche Verteilung der Angebote ist dabei zu verfolgen.

4. Dem Bedarfsplan zur stationären und teilstationären Versorgung 2020-2022 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Projekt „Einführung eines Serviceportals“

Herr Thias berichtet über die Einführung des Serviceportals mit Hilfe einer Präsentation (**Anlage 7**).

Es handele sich dabei um ein Förderprojekt des Programms „Digitale Modellregionen in NRW“. Das Projekt werde vom 01.01.2020 bis 31.12.2022 durchgeführt.

Er erläutert die Funktion eines Serviceportales und die daran gekoppelten Dienstleistungen.

Das Thema Barrierefreiheit sei für digitale Auftritte öffentlicher Träger gesetzlich vorgeschrieben und die Vorgaben dazu werden eingehalten.

Dafür gebe es einen besonderen Berater, Herrn Hellbusch aus Dortmund. Zum Beispiel werden Klick-Dummys für die Navigation

eingebaut. Herr Thias lädt die Mitglieder des Beirates dazu ein, das Serviceportal zu testen.

Herr Donath erkundigt sich, wie man mit Mitbürgern umgehe, die im analogen Bereich verblieben und ob durch das Projekt Arbeitsplätze wegfallen oder neue entstehen würden. Herr Thias antwortet, dass das Projekt ein zusätzliches Angebot darstelle und keine bisherigen Serviceleistungen ersetze. Gerade in Zeiten von Corona werde damit ein zusätzlicher barrierefreier Zugang zur Verwaltung geschaffen. Arbeitsplätze sollen dadurch nicht abgebaut werden. Vielmehr sollen monotone Tätigkeiten digitalisiert und so Zeit für andere Tätigkeiten geschaffen werden.

Herr Seidenberg sieht in dem Projekt einen guten Ansatz und betont, dass die Zugänglichkeit beachtet werden müsse. Sonst bestehe die Gefahr, dass Behindertengruppen abgehängt würden.

Herr Thias bestätigt, dass an einer ständigen Optimierung gearbeitet werde. Das Serviceportal solle ein breites Angebot für viele Gruppen bieten und für so viele Menschen wie möglich nutzbar gemacht werden. Vorsitzender Herr Dr. Bruder bedankt sich noch einmal und bittet um laufende Mitteilung dazu, wie es mit dem Projekt weiter voran gehe. Herr Thias sagt diese zu.

-.-.-

Zu Punkt 11 Umbau der Oerlinghauser Straße zwischen Detmolder Straße und Ortseingang

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 11260/2014-2020

Frau Wende vom Amt für Verkehr stellt die Vorlage anhand einer Präsentation (**Anlage 8**) vor. Sie erläutert die zum Beschluss vorgeschlagene Variante 3 des Bauvorhabens.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder erläutert, dass die Besprechung bereits im Arbeitskreis bebaute Umwelt und Verkehr stattgefunden habe. Es sei ein Abwägungsprozess gewesen zwischen baulichen Möglichkeiten, Naturschutz und Barrierefreiheit. Der Beirat habe die grundsätzliche Auffassung, dass eine Trennung von Geh- und Radwegen erforderlich sei. Der Beirat habe ursprünglich eine andere Variante bevorzugt. Bauliche Gründe und Naturschutzgründe haben dieser jedoch entgegengestanden.

Erreicht wurde, dass der Radweg jetzt beidseitig verlaufen werde, sowie eine Gehwegüberfahrt, die Fußgänger berechtigt, bevorzugt die Straße zu überqueren.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt:

Dem Umbau der Oerlinghauser Straße zw. Detmolder Straße und Ortseingang entsprechend der Variante III (siehe unten und Anlage 3) inkl. der Übernahme der Baulast von Straßen.NRW auf einer Länge von rd. 80 m wird zugestimmt.

Die Empfehlung erfolgt unter der Voraussetzung, dass an der Selhausenstraße eine barrierefreie Gehwegüberfahrt eingerichtet wird.

Variantenübersicht (detailliert: siehe Anlage 4)

Var. I: Beidseitiger Radfahrstreifen (2,00 m breit) mit Grunderwerb

Var. II: Beidseitiger Radfahrstreifen (2,00 m breit) ohne Grunderwerb durch Verzicht auf Mittelinsel und Gehweg Ostseite (beides nördlich Lipper Hellweg)

Var. III: Einseitiger Radfahrstreifen Richtung Detmolder Straße und kombinierter Geh- und Radweg in Gegenrichtung

Var. IV: Einseitiger Beidrichtungs-Geh-/Radweg Westseite

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 12

INSEK Baumheide Neue Mitte Baumheide (Projekt A2/A3) hier: Die Entwurfsplanung für den ersten Teilbereich der „Neuen Mitte Baumheide“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10614/2014-2020

Frau Matzke stellt mit einer Präsentation (**Anlage 9**) die Entwurfsplanung für den ersten Teilbereich der „Neuen Mitte Baumheide“ vor. Der Beginn der Arbeiten im 1. Bauabschnitt solle nach der Fertigstellung des Freizeitzentrums Baumheide ab Mitte 2021 beginnen. Der Abschluss der Baumaßnahmen sei für 2022 geplant. Es solle ein vielfältiges Angebot entwickelt werden mit einem Spielplatz für Jugendliche. Wesentliches Merkmal solle ein Wasserspielplatz werden. Die Eingänge zum Freizeitzentrum werden barrierefrei sein. Insgesamt werden die Vorgaben der DIN 18040 eingehalten. Details dazu werden noch im Arbeitskreis bebaute Umwelt und Verkehr besprochen. Auch bei der Beleuchtungssituation werde darauf geachtet, dass Vorgaben eingehalten werden.

Im Anschluss beantwortet Frau Matzke Nachfragen und geht auf Anregungen von Vorsitzendem Dr. Bruder, Herrn Schneck und Herrn Seidenberg ein.

Herr Schneck weist auf eine hohe Unfallgefahr durch die Verkehrssituation mit Schnellverkehrsstraßen im Umfeld hin. Er sieht die Notwendigkeit, dies bei der Planung mit zu berücksichtigen.

Frau Matzke informiert, dass Änderungen dazu schon mit eingeplant seien, so solle die Straßenbreite der Donauschwabenstraße verringert

werden. Auch Verkehrsberuhigungen durch Geschwindigkeitsbegrenzungen seien auf weiteren Straßen im Umfeld geplant.

Herr Seidenberg weist auf die Notwendigkeit von Leitstreifen und Kontrasten bei der Pflasterung hin.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Beirat für Behindertenfragen nimmt die Entwurfsplanung für den ersten Teilbereich der „Neuen Mitte Baumheide“, dem Umfeld des Freizeitzentrums Baumheide, zur Kenntnis und empfiehlt der Bezirksvertretung Heepen die Entwurfsplanung zu beschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die geplanten Maßnahmen des 1. Bauabschnittes weiter zu konkretisieren.

- einstimmig beschlossen

Zu Punkt 13

Inklusionsplanung - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Zu Punkt 14

Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

Umweltausschuss:

Herr Heuer berichtet, dass im Zuge der geplanten Sanierung der Promenade nur noch Behindertenparkplätze vorgesehen seien. Freie Parkplätze würden entfallen.

Seniorenrat:

Herr Donath berichtet, dass der Antrag des Seniorenrates zur Entwicklung eines Hitzeplans (HAP) für Bielefeld im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz (AfUK) einstimmig beschlossen worden sei.

Sozial- und Gesundheitsausschuss

Herr Winkelmann führt zu dem Bericht über die Coronasituation in Bielefeld aus, dass er das Verhalten von Hausärzten im Rahmen von Corona-Testungen kritisch sehe. Aus eigener Erfahrung beschreibt er, dass Hausärzte bisher wenig informiert seien und es auch an entsprechenden Voraussetzungen wie Schutzkleidung fehle.

Kulturausschuss

Herr Huhn berichtet über die spärliche Ausstattung des Niekamp Theaters (Astoria) für behinderte Menschen.

Zu Punkt 15 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

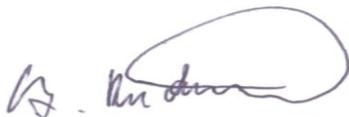
Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Zu Punkt 16 **Bericht an die Presse**
Behindertenbeirat wählt Dr. Andreas Bruder zum neuen Vorsitzenden

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit der Einladung versandte Pressemitteilung.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder beendet die Sitzung um 20:05 Uhr.



Dr. Andreas Bruder



Roswitha Rother